



Demokratie in Deutschland

Imke Dzewas & Philipp Klingler

Demokratie in Deutschland – der vielversprechende Titel des Heftes deutet darauf hin, dass Demokratie mehr ist als nur ein Regierungssystem. Im Anschluss an Gerhard Himmelmann (2007) kann Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform verstanden werden. Diese Ebenen stehen jedoch nicht isoliert nebeneinander, sondern sind vielmehr miteinander verschränkt. Diese Prämisse berücksichtigt das vorliegende Heft, indem es das institutionelle Gefüge der Verfassungsorgane ins Zentrum rückt, dabei aber von einer pluralistischen Gesellschaft, den Grundrechten und einer Anerkennung der verschiedenen Meinungen, Interessen und Lebensweisen ausgeht.

Politische Bildung soll den Schüler*innen „eine vernünftige Vorstellung der komplexen Wirklichkeit und den prägenden Elementen des Politischen [...] vermitteln“ (Massing 1995, 75). Der Anspruch des Heftes ist eine Institutionenkunde, die die Institutionen für sich genommen und miteinander vernetzt versteht, um die komplexe Wirklichkeit bei gleichzeitiger didaktischer Reduktion abzubilden. Dabei wird im Sinne des Tiefenschichtenmodells von Wolfgang Sander (2013) die Frage des Kerns, die des menschlichen Zusammenlebens, als Einstieg verstanden, um das institutionelle Gefüge als notwendig und für eine geordnete gesellschaftliche Ordnung zielgerecht verstehbar zu machen. Zu den prägenden Elementen des Politischen gehört zweifelsohne das Grundgesetz. An zahlreichen Stellen wird deshalb direkt oder indirekt auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verwiesen. Für das Ver-

Ihre **Abo-Vorteile** der WOCHENSCHAU



1. Die **WOCHENSCHAU**-Hefte: aktueller als jedes Schulbuch

Mit dem WOCHENSCHAU-Abo erhalten Sie in kurzer Zeit ein Set zu allen lehrplanrelevanten Themen des Politik- und Ökonomieunterrichts. Setzen Sie die Hefte als komplette Unterrichtseinheiten oder in Ergänzung zum Schulbuch zur Gestaltung einzelner Unterrichtsstunden ein. Profitieren Sie von auf den Unterricht zugeschnittenen Materialien mit zentraler Problem- oder Fragestellung, motivierenden Einstiegen, aktuellem Datenmaterial, vielfältigen Schaubildern und präzisen Informationen. Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, methodische Anregungen und Aufgaben liefert die WOCHENSCHAU für die praktische Umsetzung gleich mit!

2. **WOCHENSCHAU Digital**

Zusätzlich zu Ihrem gedruckten Exemplar erhalten Sie die WOCHENSCHAU Digital als interaktives PDF für die digitale Nutzung. Diese birgt zahlreiche interaktive Elemente: Verlinkungen zu Vorlagen, Lösungen oder Begriffserläuterungen sowie Möglichkeiten zur direkten Bearbeitung.

3. **Methodik** zu jedem Heft

Auf WOCHENSCHAU-Online erhalten Sie die methodischen und didaktischen Hinweise zu jedem Heft.

4. Exklusives **Zusatzmaterial**

Auf WOCHENSCHAU-Online stehen zahlreiche digitale Zusatzmaterialien zu jedem Heft bereit, darunter binnendifferenziertes Material, Arbeitsblätter, Methodentipps, Erwartungshorizonte und ergänzendes Material.

5. Die jährliche **WOCHENSCHAU-Sonderausgabe**

Mit der jährlich erscheinenden Sonderausgabe bilden Sie sich fachlich und didaktisch fort und sind für den Politikunterricht bestens gewappnet.

stehen der Demokratie, wie sie das Grundgesetz vorsieht, ist eine „kognitive Anstrengung“ (Detjen 2005, 290) unerlässlich. Die Kluft zwischen Intention und Realität der Verfassung einerseits und den Annahmen, Erwartungen sowie dem Wissen der Bürger*innen über die Verfassung andererseits kann durch eine Lektüre der Verfassung verringert werden. Kellermann sieht die Vermittlung des Grundgesetzes vor allem wegen der „wandel-stabilisierende[n] Funktion des Verfassungsrechts“ (Kellermann 2011, 78) für die staatliche wie gesellschaftliche Ordnung als unbedingte Aufgabe der politischen Bildung. Trotz seiner elementaren Bedeutung für das politische System der Bundesrepublik Deutschland können das Grundgesetz und seine Ordnungsvorstellungen nicht als garantiert angesehen werden. In internationaler Perspektive zeigen sich trotz der rasanten Verbreitung der Verfassungsidee Erosionen, die die Idee des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates beschädigen. Jan-Werner Müller (2016, 78) weist darauf hin, dass populistische Bewegungen längst die Wichtigkeit von Verfassungen erkannt haben – und sie deshalb ändern wollen. Dabei stehen vor allem die Artikel zur Bewahrung des Pluralismus, der Meinungsfreiheit und der freien Wahlen den Populist*innen im Wege. Die Stabilität und das Fortbestehen der grundgesetzlichen Ordnung sind also keinesfalls gegeben, sondern können beim Verlust des gesellschaftlichen Konsenses und der Unterstützung in Gefahr geraten. Das Heft ist daher so angelegt, dass dieses (Schlüssel-)Problem direkt und indirekt adressiert wird.

Die Kapitel können grundsätzlich unabhängig voneinander eingesetzt werden. Die Anlage des Heftes ermöglicht aber immer wieder fruchtbare Verknüpfungen zwischen den Kapiteln, indem vor allem die Methode der Concept Map das Wissen zu den einzelnen Institutionen zusammenführt und vor dem Hintergrund des pluralistischen Gesellschaftsbilds einer Reflexion zugänglich macht.

Im Heft werden neben Texten auch Statistiken und Diagramme sowie Interviews und kurze Videos als Medien eingesetzt. An mehreren Stellen dienen Bilder und visuelle Elemente der Aktivierung von Vorwissen. Methodisch werden vorrangig diskursive Verfahren eingesetzt, um die Kontroversen und Ambivalenzen der Themenfelder herauszuarbeiten, die politische Urteilsfähigkeit und die politisch-kommunikative Handlungsfähigkeit der Schüler*innen zu fördern.

Kapitel 1: Vielfalt als Chance und Herausforderung der Demokratie

Der Einstieg zum Heft wird über das Thema Pluralismus als Ausgangs- und Zielpunkt von Demokratie hergestellt. Damit wird dem Modell der Tiefenschichten von Wolfgang Sander (2013) Rechnung getragen, indem das demokratische System nicht nur als Gefüge von Institutionen vermittelt wird, sondern grundlegende Fragen des menschlichen Zusammenlebens als Bedingung von und für (liberale) Demokratien adressiert werden. Unter diesem Blickwinkel kann auf den folgenden Seiten des Heftes das institutionelle Design immer wieder unter der Fragestellung diskutiert werden, wie es der pluralistischen Gesellschaft gerecht wird. Die zu Beginn des Kapitels vorgestellten Zitate offenbaren unterschiedliche Aspekte der Demokratie und machen durch die Auswahl der zitierten Personen sogleich sichtbar, dass Demokratie ein weltweites Phänomen ist.

Bereits Hannah Arendt betonte, dass Politik auf der „Tatsache der Pluralität der Menschen“ beruht (Arendt 2003, 9). Die Art und Weise, wie Individuen ihre Pluralität ausdrücken, manifestiert sich laut Arendt in den Tätigkeiten des Sprechens und Han-

delns. Diese Tätigkeiten sind es, „in denen sich das Menschsein selbst offenbart“ (Arendt 2007, 214). Zugleich bilden sie nach Arendt den Kern des Politischen. Das politische Handeln im Kontext einer pluralistischen Demokratie soll durch ein politisches Planspiel exemplarisch für die Schüler*innen erlebbar gemacht werden.

Politische Planspiele stellen eine spielerische, handlungs-, prozess- und erfahrungsorientierte Methode dar, bei der die Lernenden als politisch Agierende gemeinsam versuchen, für ein politisches Problem eine allgemein verbindliche Entscheidung zu treffen. Im vorliegenden Planspiel werden die Herausforderungen der Entscheidungsfindung in einer pluralistischen Gesellschaft am Beispiel einer Gemeinde verdeutlicht. Modelle „akzentuieren, sie heben also bestimmte Merkmale der Realität hervor und vernachlässigen andere [...] Modelle bilden die Realität also nicht ab, sondern richten sie auf zentrale Strukturen und Bedingungen aus“ (Reinhardt 2018, 142). Die Akteure in diesem Planspiel sind einerseits die politischen Amtsträger*innen – Bürgermeister*in und Stellvertretung – und andererseits Gruppen aus der Bevölkerung selbst – Pendler*innen, Umweltaktivist*innen, Unternehmer*innen, Anwohner*innen, Eltern, Journalist*innen. Das Setting ist ein Gemeindeggespräch, also kein institutionelles Setting im engeren Sinne. Vielmehr soll das Planspiel die Entscheidungsfindung bei pluralen Interessen und Interessengegensätzen als Grundlage aller – auch institutionellen – demokratischen Entscheidungsverfahren verdeutlichen. Das Planspiel weist somit einen Fokus auf die *politics*-Dimension auf: „Hier ist das Ziel, den Teilnehmenden einen Einblick in die Dynamik der Entscheidungsprozesse zu verschaffen. [...] Im Planspiel wird somit konkret erfahrbar, wie sich Interessen in der Interaktion mit anderen herausbilden und sich im Laufe der Verhandlungen und in Abhängigkeit von der Dynamik der Ereignisse verändern können“ (Raiser/Warkalla 2017, 50).

Neben der Förderung von fächerübergreifenden Kompetenzen (soziale und persönliche Kompetenzen wie bspw. kooperatives Handeln oder sicheres Auftreten) werden auch die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit gefördert (Raiser/Warkalla 2017, 49).

**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

**HANDBUCH
DEMOKRATIEBILDUNG
UND FACHDIDAKTIK**Sabine Achour, Matthias Sieberkrob, Detlef Pech,
Johanna Zelck und Philip Eberhard (Hg.)**BAND 1: GRUNDLAGEN
UND QUERSCHNITTAUFGABEN**

hrsg. von Sabine Achour, Matthias Sieberkrob,
Detlef Pech, Johanna Zelck und Philip Eberhard
ISBN 978-3-7344-1675-0, 296 S., € 34,90,
Subskription bis 30.4.2025: € 29,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1675-6, Open Access

**HANDBUCH
DEMOKRATIEBILDUNG
UND FACHDIDAKTIK**Sabine Achour, Matthias Sieberkrob, Detlef Pech,
Johanna Zelck und Philip Eberhard (Hg.)**BAND 2: FACHPERSPEKTIVEN**

hrsg. von Sabine Achour, Matthias Sieberkrob,
Detlef Pech, Johanna Zelck und Philip Eberhard
ISBN 978-3-7344-1681-1, 264 S., € 34,90,
Subskription bis 30.4.2025: € 29,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1681-7, Open Access

Beide Bände im Paket
ISBN 978-3-7344-1693-4, € 62,00

**www.wochenschau-verlag.de**

Überblick zum Verlauf des Planspiels

Phase	Lehrer*innen-aktivität	Schüler*innenaktivität	Material	Ungefähre Zeitangabe
Vorbereitung	1. erläutert Ablauf des Planspiels 2. verteilt die Rollenkarten	1. formulieren interessenbezogene Argumente 2. formulieren für die Präsentation eine schriftliche Stellungnahme	Rollenkarten Szenariobeschreibung	30 Min.
Durchführung	1. moderiert die Diskussion	1. tragen nacheinander ihre Stellungnahmen vor 2. diskutieren die Pro- und Kontra-Argumente		30 Min.
Auswertung I in den Interessengruppen		1. reflektieren die eigene Rolle und Wahrnehmung 2. reflektieren, welche Wirkung einzelne Argumente und die Argumentation als solche hatten 3. reflektieren, welche Interessengruppe(n) als „verbündet“ einer ähnlichen Argumentation folgte und welche andere Interessengruppe(n) eher konträr zu den eigenen Argumenten stand		15 Min.
Auswertung II im Plenum (Reflexion)	1. moderiert die Diskussion der Fragestellungen folgend 2. erstellt ein Tafelbild mit den Chancen und Problemen demokratischer Entscheidungsfindung	1. reflektieren, welche Herausforderungen in der Entscheidungsfindung bestanden 2. diskutieren, inwiefern das Planspiel realistisch war 3. diskutieren, welche Chancen und Probleme in der demokratischen Entscheidungsfindung erkennbar waren	Tafel(-bild)	15 Min.

Die Schüler*innen können

- ihre subjektiven Vorstellungen von Demokratie artikulieren und mit denen anderer vergleichen.
- politische Entscheidungsprozesse aus verschiedenen Perspektiven betrachten und analysieren und gewinnen ein tieferes Verständnis für die Komplexität demokratischer Entscheidungsfindung.
- Pluralismus als Bedingung und Ziel von Demokratie beschreiben.
- Argumente formulieren und präsentieren.
- Chancen und Herausforderungen der Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung in pluralen Gesellschaften erörtern.

Kapitel 2: Von der Verfassung zu den Institutionen: Die Staatsstrukturprinzipien im Überblick

Die zentralen Staatsstrukturprinzipien werden in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes festgelegt: Deutschland ist eine Republik, eine Demokratie und ein Bundes-, Rechts- sowie Sozialstaat. Das Bundesverfassungsgericht sieht hierin die „Verfassungsidentität“ (BVerfGE 123, 244, S. 267 – Lissabon) Deutschlands begründet.

Staatsstrukturprinzipien des Grundgesetzes

Prinzip	Kurzbeschreibung	Grundgesetzartikel
Republik	Abschaffung der Monarchie	Art. 20 Abs. 1
Repräsentative Demokratie	Repräsentation der Bürger*innen in politischen Entscheidungsbildungsprozessen	Art. 20 Abs. 1f., Art. 28 Abs. 1, Art. 38
Vertikale Gewaltenteilung (Bundesstaatlichkeit / Föderalismus)	Verteilung und Kontrolle der Staatsgewalt zwischen verschiedenen Ebenen des Staates	Art. 20 Abs. 1, Kompetenzen: Art. 30, 70, 83, 92
Horizontale Gewaltenteilung	Verteilung und Kontrolle der Staatsgewalt auf Exekutive, Legislative und Judikative	Art. 20 Abs. 2
Rechtsstaatlichkeit	Staatsgewalt einzig und allein gebunden an das Recht	Art. 19 Abs. 4, Art. 20 Abs. 3
Sozialstaatlichkeit	Materielle Ressourcen zur Verfügung stellen, um Freiheit und Gleichheit zu ermöglichen	Art. 20 Abs. 1
Grundrechte	Gewährleistung der Freiheit zu und der Freiheit von Eingriffen in den privaten Bereich	Art. 1 – 3 (1-19)

Diese Prinzipien und die verfassten Grundrechte binden alle Staatsgewalt. Um diese normative Ausrichtung der Verfassungsorgane zu betonen, wird sie der Vorstellung der einzelnen Organe vorangestellt. Die Schüler*innen lernen die historische Genese des Grundgesetzes, seine zentralen Prinzipien und die Bedeutung der Grundrechte kennen. Anhand von Beispielen können sie die Prinzipien den konkreten Situationen zuordnen.

Die Schüler*innen können

- die Staatsstrukturprinzipien benennen und an Beispielen erläutern.
- das Grundgesetz als Verfassung in seinem Wesensgehalt und in seinem historischen Entstehungskontext beschreiben.
- ausgewählte Grundrechte in ihrem Wesensgehalt beschreiben und hinsichtlich ihrer Relevanz im demokratischen System beurteilen.
- die Institutionen nach ihrer Funktion als Exekutive, Judikative und Legislative beschreiben und einordnen. (Zusatzaufgabe)

Kapitel 3: Das politische System – Akteure und Institutionen

Parteien: Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft? und Stellung der Parteien in der deutschen Demokratie

Bevor im weiteren Heftverlauf auf die Verfassungsorgane eingegangen wird, werden politische Parteien als zentrale Akteurinnen innerhalb einer repräsentativen Demokratie vorgestellt. Parteien fungieren als Bindeglied zwischen dem Staat und der Gesellschaft, was es den Schüler*innen ermöglicht, eine differenzierte Perspektive auf die Institutionen zu entwickeln. Der Fokus auf Parteien hilft, zwischen politischen Institutionen und Verwaltungseinrichtungen zu unterscheiden und fördert das Verständnis, dass Institutionen durch politische Akteure dynamisch sind. Zudem wird den Schüler*innen die Möglichkeit gegeben, eine Teilhabeperspektive zu entwickeln, also zu begreifen, wie sie selbst als Bürger*innen in diese Institutionen eingebunden sind. So wird das Verständnis für die Rolle von Bürger*innen in der Demokratie gestärkt, was die Grundlage für eine aktive und informierte Teilnahme an politischen Prozessen legt.

Die Seiten greifen die Vorkenntnisse der Schüler*innen auf und verknüpfen sie in einer Karikaturenanalyse zunächst mit zwei Fragestellungen:

1. Inwiefern können etablierte Parteien mit ihren Themenschwerpunkten noch Wähler*innen überzeugen und welche Rolle kommt der Alternative für Deutschland zu?
2. Sind (etablierte) Parteien vom Aussterben bedroht?

Anhand von Diagrammen zum Durchschnittsalter der Parteimitglieder, zum Parteien- und zum Politikvertrauen werden Herausforderungen der (Parteien-)Demokratie exemplarisch sichtbar: die Parteien sind überaltert, genießen kein hohes Vertrauen und werden von politischen Angeboten der Alternative für Deutschland, die als rechtsextremer Verdachtsfall vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird, übervorteilt. Diese Aspekte können durch die Karikaturen, Diagramme und im Unterrichtsgespräch erschlossen und anschließend in die Diskussion überführt werden, inwiefern Parteien noch als „Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft“ fungieren.

Die nächste Doppelseite widmet sich den verfassungsrechtlich verankerten Aufgaben und somit den Funktionen von politischen Parteien. Neben der problemorientierten Perspek-



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

ERGÄNZENDE HEFTE



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1524, 40 S., € 19,90



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1223, 40 S., € 19,90



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1122, 32 S., € 19,90



tive auf Parteien, dem Kennenlernen der Aufgaben und Funktionen wird mithilfe des Interviews mit der jüngsten deutschen Abgeordneten im Europaparlament, Sabrina Repp, eine weitere Perspektive, nämlich die des aktiven Engagements, ergänzt.

Neben dem aktiven Engagement in einer Partei ist die Teilnahme an Wahlen eine zentrale Möglichkeit der Bürger*innen zu partizipieren. Je nach aktuellem Kontext von Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen kann diese Facette, mit der Thematisierung des Wahl-O-Mats angeleitet, vertieft und diskutiert werden.

Zwischen Gesetzgebung, Ausschussarbeit und dem eigenen Wahlkreis – der Deutsche Bundestag und seine Abgeordneten

Die nächsten drei Doppelseiten sind dem Deutschen Bundestag als eine der Parlamentskammern in Deutschland gewidmet. Der informative Text stellt 1. die Aufgaben des Bundestages und 2. seine innere Verfasstheit vor.

Als Aufgaben sind vor allem die Gesetzgebung, die Kontrolle der Bundesregierung, die Entscheidung über den Bundeshaushalt und Bundeswehreinsätze neben der Wahl des Bundeskanzlers*der Bundeskanzlerin zu nennen. Um die Arbeitsweise – die durch das „leere Plenum“ nicht selten öffentlich kritisiert wird – zu verstehen, werden neben dem Plenum die Ausschüsse und Fraktionen vorgestellt, um so eine Vorstellung vom „Rede- und Arbeitsparlament“ entwickeln zu können. Dabei wird zuletzt insbesondere das Spannungsverhältnis von Fraktionsdisziplin und einzelnen Abgeordneten und ihren Entscheidungen thematisiert.

Um die Arbeitsweise der Abgeordneten besser verstehen zu können, und im Zusammenhang mit der Thematisierung des Wahlsystems (Heft „Wahlen“, Bestellnr. 1125) auch die Bedeutung von Direktmandaten zu illustrieren, verfolgen die Schüler*innen auf der darauffolgenden Doppelseite eine Woche des Bundestagsabgeordneten Matthias Gastel. Die Einsicht in dessen Wochenplan kann anschließend vor dem Hintergrund der Aufgaben des Deutschen Bundestages diskutiert werden: Inwiefern vertreten Abgeordnete in Berlin die Interessen ihres Wahlkreises? Wodurch erfahren Abgeordnete von diesen Interessen? Welchen Einfluss haben Bürger*innen auf das bundespolitische Geschehen und wodurch?

Eine abschließende Doppelseite stützt sich auf die Methode der Concept Map. Concept Maps (auch Begriffslandkarten oder thematische Landkarten) eignen sich dafür, das konzeptuelle Deutungswissen zu erheben. Die Lernenden erhalten zum Unterrichtsthema eine begrenzte Anzahl (max. 15) relevanter Begriffe auf Karteikarten und sollen diese anordnen und durch Linien miteinander in Relation setzen. Diese Verbindungslinien sollen nach Möglichkeit konkret benannt werden, z. B. Bundestag –wählt→ Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin. Optional können die möglichen Relationen (wählt, wird bestimmt durch ...) von der Lehrperson vorgegeben werden. Die Lehrperson kann ausgehend von den Concept Maps nachvollziehen, welche Vorstellungen und Deutungen die Lernenden besitzen. Die Concept Map zum Deutschen Bundestag verdeutlicht die Rolle der Akteure im Bundestag sowie die Relationen des Bundestages zu weiteren Verfassungsorganen. Im Sinne eines dynamischen Institutionenverständnisses werden deshalb außerhalb des orangenen Kreises, der den Bundestag abbilden soll, auch Bürger*innen, das Bundesverfassungsgericht, der*die Bundespräsident*in und die Bundesregierung aufgeführt. Dadurch wird eine erste Gelegenheit genutzt, um das konzeptuelle Deutungswissen insofern zu erweitern, als dass es sich im politischen System der Bundesrepublik um ein System der Gewaltenteilung und -verschränkung handelt.

Unterrichten mit Globus-Grafiken

Infografiken für mehr Motivation und Lernerfolg!

- Sofort einsetzbare Erklärgrafiken, Diagramme, Karten und Statistiken zu aktuellen Themen aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und mehr
- Mit Begleittexten, Quellenangaben und weiterführenden Links
- Ideal zum Trainieren von Medienkompetenz
- Günstige Einzel- und Schullizenzen
- Mehr erfahren und kostenlos testen:

www.globus-grafik.de

Jede Woche
14 neue,
topaktuelle
Grafiken!



Globus-Grafik – seit über 75 Jahren. Ein Produkt von dpa-infografik.

Bundeskanzler/Bundeskanzlerin: Chef/Chefin der Regierung

Der Einstieg in die Thematisierung des Bundeskanzlers*der Bundeskanzlerin ist durch einen Rückblick geprägt und ermutigt Schüler*innen, mit einer eigenen, kleinen Internetrecherche und ihren Vorkenntnissen sich einen historischen Überblick über die vergangenen Bundeskanzler*innen zu verschaffen. Durch diesen Überblick wird die Bedeutung von Parteien und die herausragende, aber zeitlich begrenzte Stellung des Bundeskanzlers*der Bundeskanzlerin verdeutlicht. Fehlkonzepthen von „starken Männern und Frauen“ und dem*der „König*in“ von Deutschland kann so ein Impuls entgegengesetzt werden. Vor dem Hintergrund eines sich dynamisch gestalteten Parteienwettbewerbs und der Tatsache, dass längst nicht mehr nur die Volksparteien Kanzlerkandidat*innen nominieren, gibt der historische Überblick Anlass, die bisherige Kontinuität von Unions- und SPD-Bundeskanzler*innen im Rückgriff auf die vorangegangenen Diskussionen zur Zukunft des Parteiensystems aufzugreifen. Auch der Umstand, dass bislang nur eine Frau in der Riege der Kanzler*innen vertreten ist, kann weiterführende Diskussionen in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit anregen.

Die Aufgaben und die Wahl des Bundeskanzlers*der Bundeskanzlerin werden in einem kurzen Sachtext prägnant zusammengefasst. Entscheidend ist einerseits, dass die umfassende Verantwortung des Amtes und andererseits die Gewaltenverschränkung und wechselseitige Kontrolle (Wahl durch den Bundestag auf Vorschlag des*der Bundespräsident*in sowie die Möglichkeit des Bundestages, den*die Bundeskanzler*in durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu entlassen) herausgearbeitet wird.

Neben der formalen Bedeutsamkeit des Amtes ermöglicht die Methode „Umfrage“ die Reflexion der gesellschaftlichen Rolle und Verantwortung des Amtes. Als medial präsente Person – man denke hier nur an die „TV-Duelle“ vor Bundestagswahlen – stellen Bürger*innen Erwartungen an die Personen, die das Amt übernehmen (wollen). Sie prägt damit entscheidend die politische Kultur eines Landes (Berg-Schlosser 2003). Ein „Straßeninterview“ führt Schüler*innen an diese Facette der *polity*-Dimension heran. Schüler*innen lernen dadurch etwas über Politik, „indem [sie] politisch bedeutsame Situationen selbst erforsch[en]“ (Sander 2013, 207). Forschendes Lernen ist innerhalb der Schule nur begrenzt umsetzbar, jedoch können die Lernenden diverse sozialwissenschaftliche Methoden wie das Interview oder die teilnehmende Beobachtung kennenlernen und auch anwenden. Es handelt sich dabei um einen aktiven und reflexiven Zugang zu politischen Themen. Dieser ermöglicht den Lernenden eine erfahrungsbasierte Urteilsbildung.

Die Bundesregierung

Als Institution der Exekutive wird die Perspektive auf der darauffolgenden Seite durch die Bundesregierung erweitert. Hier lernen Schüler*innen, welche weiteren Ämter neben dem*der Bundeskanzler*in im politisch-operativen Geschäft von Relevanz sind: die Minister*innen. Anhand des Grundgesetzes wird die Arbeitsweise einer Bundesregierung an dem Richtlinienprinzip, dem Ressortprinzip und dem Kabinettsprinzip erläutert. Hierdurch wird die Bedeutung des*der Kanzler*in (Richtlinienprinzip), aber auch die der Minister*innen (Ressortprinzip) deutlich. Zugleich wird durch das Kabinettsprinzip – zumal in Koalitionen – deutlich, dass Regierungspolitik als gemeinsames Handeln verstanden wird. Die Konsequenzen dieser Prinzipien ergeben ein Spannungsfeld zwischen Kompetenzen und Stellung des*der Bundeskanzler*in, dem gemeinsamen politischen Handeln in Koalitionen und der (Eigen-)Verantwortlichkeit von Minister*innen. Am Beispiel des Bruches der Ampel-Koalition 2024 wurde dieses Spannungsfeld zuletzt besonders sichtbar.

Der Bundesrat: Wie die Bundesländer am Gesetzgebungsverfahren mitwirken

Wie die legislative Macht im föderalen Bundesstaat verschränkt wird, wird durch die Erarbeitung des Bundesrates als zweite Kammer des parlamentarischen Systems deutlich. Die Doppelseite thematisiert die Zusammensetzung sowie die Aufgaben und Arbeitsweisen des Bundesrates. Durch einen einfachen Lückentext wird der Fokus auf die Ebenen von Bund und Bundesländern gelenkt. Als Kontroverse wird die regelmäßig wiederkehrende Frage nach der Abschaffung des Bundesrates aufgegriffen. Gerade im komplexen Mehrebenensystem gewinnt diese Frage immer wieder an Relevanz und Aktualität.

Die Macht des Wortes: Welchen Einfluss hat der Bundespräsident?

Das Amt der Bundespräsidenten nimmt im politischen System der Bundesrepublik eine besondere Stellung ein. Obwohl der Einfluss auf das politische Tagesgeschehen und auch die Sichtbarkeit recht begrenzt sind, trägt der*die Amtsinhaber*in große politische Verantwortung und prägt durch politische Reden und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in erheblichem Maß die politische Kultur des Landes. In diesem Sinne fokussieren die zwei Doppelseiten die politische Sprache und die politische Rede als Instrument in der öffentlichen Auseinandersetzung. Zunächst aber werden grundlegende Aufgaben und Funktionen sowie die Wahl des*der Bundespräsident*in erläutert.

Das akkumulierte Faktenwissen der einzelnen Aufgaben führt am Ende zu der Beurteilung, ob dem Amt des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers mehr Bedeutung zukommt. Eine abwägende Haltung kann zwischen den angeführten Aspekten des politischen Tagesgeschehens und der übergeordneten Bedeutung für die politische Kultur eines Landes sowie als Kontrollinstanz diskutiert werden. In einer schriftlichen Stellungnahme können die Schüler*innen abschließend ihre Position zur Relevanz des Amtes oder zur Geschlechtergerechtigkeit bei der Amtsvergabe äußern. Die nächste Doppelseite greift eine Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier auf und führt entlang von Leitfragen zur Analyse derselben. In Aufgabe 4 der Redeanalyse wird die Analyse verlassen und die Handlungskompetenz von politischen Reden fokussiert. Politische Reden können als partizipatives Handeln in einer Demokratie verstanden werden und prägen daher entscheidend eine Kompetenzfacette der politischen Handlungsfähigkeit (GPJE 2004). In Form eines kurzen „Pitches“ können Schüler*innen selbst ihre Fähigkeiten zur Anwendung bringen und auf die Ergebnisse der Redeanalyse zurückgreifen, um Merkmale einer guten, eindrucksvollen und überzeugenden politischen Rede zu erfüllen.

**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

NEUERSCHEINUNGEN



hrsg. von Siegfried Frech, Susann Gessner, Robby Geyer und Philipp Klingler
ISBN 978-3-7344-1696-5, 352 S., € 36,00,
Subskription bis 31.3.2025: € 30,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1696-1, € 35,90



hrsg. von Falk Radisch, Uwe Schulz und Ivo Züchner
ISBN 978-3-95414-217-0, 176 S., € 24,90,
PDF: ISBN 978-3-95414-218-7, € 23,99

Grundrechte, Grundgesetz, Demokratie: Wer schützt sie wie?

Die letzten beiden Doppelseiten widmen sich dem „Hüter der Verfassung“ – dem Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht zählt, auch wegen seiner spezifischen Kompetenzen, die nicht allen Verfassungsgerichten anderer Staaten zustehen, seit seiner Gründung 1951 zu den „originellste[n] und interessanteste[n] Institution[en] des deutschen Verfassungswesens.“ (Limbach 2010, 13) Anders als etwa der Supreme Court der Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt das Bundesverfassungsgericht einzig verfassungsrechtlich relevante Fälle und legt kein einfaches Recht aus (Höreth, 2014, S. 19). Gab es in den jungen Jahren der neuen Bundesrepublik noch Akzeptanzprobleme und sorgte für Befremdung, die exemplarisch in Konrad Adenauers Ausspruch „Also, das Kabinett hat gestern beschlossen, das Urteil ist falsch“ (Adenauer 1961, zit. n. Bommarius 2009, 234) nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum geplanten Staatsfernsehen, deutlich werden, genießt das Gericht unter Politiker*innen und Bürger*innen (Vorländer/Brodock 2006) heute ein hohes Vertrauen. Die Verfassungsinterpretation durch das Verfassungsgericht mündet häufig in grundlegenden Urteilen, die die Verfassung aus dem Verfassungstext und den gesellschaftlichen Kontexten heraus weiterentwickelt – man denke etwa an den Klima-Beschluss, in dem die getroffenen politischen Maßnahmen zum Klimaschutz als unzureichend eingestuft wurden.

Die erste Doppelseite schafft einen grundlegenden Überblick über die Aufgaben, die Wahl und die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Auch hier wird die Verschränkung der Gewalten sichtbar. Am Fall der Meinungsfreiheit in Sozialen Medien wird exemplarisch die Bedeutung von Urteilen des BVerfG ausge-

**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Das Buch erleichtert Schüler*innen den Zugang zur Politik und bietet den Schlüssel zum selbstständigen Arbeiten. Im Mittelpunkt stehen Fragen und zentrale Politikbegriffe, die das politische Analysieren, Urteilen und Handeln unterstützen. Anhand vieler Beispiele wird verdeutlicht, wie politische Vorgänge auf diese Weise durchschaubar werden. Der Leitfaden vermittelt somit nicht nur Faktenwissen, sondern ist zum eigenständigen Lernen geeignet. Der Inhalt von „Politik durchschauen“ wurde für diese Neuauflage entsprechend den Vorschlägen von Benutzer*innen überarbeitet.

von Gotthard Breit und Siegfried Frech

ISBN 978-3-7344-1572-2, 120 S. DIN A6, 3. vollst. überab. Aufl., € 12,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1572-8, € 11,99





führt und als diskussionswürdig und -bedürftig hergeleitet. Im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Herausforderungen durch rechtsextreme Akteure und gesellschaftliche Polarisierung wird der Rolle in einer wehrhaften Demokratie besondere Bedeutung zugeschrieben. Hieraus ergibt sich die aktuelle und kontroverse Frage, ob die Partei Alternative für Deutschland verboten werden soll. In einer Fishbowl-Diskussion tauschen die Schüler*innen strukturiert und vorbereitet Pro- und Kontraargumente aus und gewinnen ein eigenes, auf Kategorien der Effizienz und Legitimität begründetes politisches Urteil.

Die Schüler*innen können

- die Herausforderungen der Parteiendemokratie benennen und lösungsorientiert diskutieren.
- die Merkmale und Funktionen von politischen Parteien benennen.
- verschiedene Partizipationsformen im Zusammenhang mit politischen Parteien beschreiben und unter Rückgriff auf ihre individuellen Wertehaltungen und Interessen diskutieren.
- die Aufgaben und den Aufbau des Deutschen Bundestages erklären.
- die Aufgaben der Abgeordneten beschreiben und vor dem Hintergrund der Aufgaben des Bundestages diskutieren.
- den institutionellen Aufbau des Bundestages und die Relationen zu anderen Verfassungsorganen sowie den Bürger*innen erläutern.
- die Aufgaben sowie die Wahl des Bundeskanzlers*der Bundeskanzlerin beschreiben und in Relation zum Wissen über den Deutschen Bundestag und zu den Parteien setzen.
- die Gewaltenverschränkung und wechselseitige Kontrolle der Institutionen am Beispiel des*der Bundeskanzler*in erörtern.
- sozialwissenschaftliche Interviews durchführen, auswerten und die Ergebnisse diskutieren.
- die Aufgaben und die Zusammensetzung der Bundesregierung benennen.
- die Prinzipien der Arbeitsweise der Bundesregierung beschreiben und hinsichtlich möglicher Herausforderungen erläutern.
- die Aufgaben und Arbeitsweisen des Bundesrates beschreiben.
- die institutionelle Bedeutung des Bundesrates in Bezug auf das gesamte politische System im Föderalstaat diskutieren und abwägen, inwiefern es einer Reform bedarf.
- die Aufgaben und die Wahl des*der Bundespräsident*in beschreiben.
- die Stellung des*der Bundespräsident*in erläutern und diskutieren, inwiefern es sich um ein einflussreiches Amt handelt.
- politische Reden entlang von relevanten Kategorien analysieren und beurteilen.
- eigene politische (Kurz-)Reden verfassen und vortragen.
- die Funktionen, die Wahl und die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts beschreiben.
- die Bedeutung von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts an dem Fallbeispiel zur Meinungsfreiheit erörtern.
- das Prinzip der wehrhaften Demokratie beschreiben und die Grenzen des Bundesverfassungsgerichts in seiner Funktion, „die Verfassung zu schützen“, erörtern.
- die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in einer wehrhaften Demokratie vor dem Hintergrund des AfD-Parteiverbots diskutieren.

Kapitel 4: Plurale Interessen im Zusammenspiel: Wie demokratisch ist unser politisches System?

Pluralismus als Bedingung von Demokratie stand am Beginn des Heftes im Vordergrund. Der Abschluss des Heftes wird nun dieses Prinzip aufgreifen und in Verbindung mit dem institutionellen Gefüge der Bundesrepublik verknüpfen. Die Institutionen werden als Ausdruck von sowie durch die Gewaltenverschränkung Garant für Pluralismus verstanden. In diesem Sinne wird das Institutionengefüge als System der *Checks and Balances* vorgestellt und durch die Concept Map konzeptuell in Relation gesetzt.

Die Methode ist aus dem vorherigen Kapitel zum Deutschen Bundestag bereits bekannt. Die Komplexität des politischen Systems der Bundesrepublik im Mehrebenensystem ist hoch. Um den Zielen der Unterrichtseinheit entgegenzukommen, unterliegt die Erarbeitung der Concept Map einer bewussten didaktischen Reduktion. Sie zeichnet sich durch den Fokus auf die Gewaltenverschränkung der Verfassungsorgane aus, sodass die Parteien in der Darstellung keinen Platz finden. Auch wurden die Funktionen und Verschränkungen der abgebildeten Institutionen auf das Wesentliche reduziert, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Die dargestellte „Musterlösung“ ist daher eine mögliche, aber nicht die einzige Lösung. Die Diskussionsaufgaben vertiefen die institutionellen Kenntnisse mit Kritik am und Ideen für das politische System und bringen die Frage der Partizipation in den Horizont der Schüler*innen. Hier bieten sich Anschlüsse an das Themenheft „Demokratie und politische Beteiligung“ (Bestellnr. 1223) an.

Die Schüler*innen können

- das politische System der Bundesrepublik in seinen institutionellen Verschränkungen darstellen und erläutern.
- politische Akteure und Prozesse in einer Concept Map fachlich korrekt abbilden.
- die Bedeutung der politischen Gewaltenverschränkung vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Pluralismus erläutern.
- die Rolle von Parteien in Bezug auf die Verfassungsorgane erläutern.
- den (direkten und indirekten) Einfluss der Bürger*innen auf politische Akteure und Prozesse erläutern und beurteilen.
- Ideen zur politischen Partizipation beschreiben und in Hinblick auf bestehende Institutionen erläutern.

Literatur

Arendt, Hannah (2003): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. München.

Arendt, Hannah (2007): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München.

Berg-Schlosser, Dirk (2003): Politische Kultur. In: Jesse, Eckard/Sturm, Roland (Hg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Wiesbaden, S. 175–202.

Bommarius, Christian (2009): Das Grundgesetz. Eine Biographie. Berlin.

Detjen, Joachim (2005): Von der Notwendigkeit kognitiver Anstrengungen beim Demokratielernen. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden, S. 286–298.

GPJE (2004): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf (2. Aufl.). Schwalbach/Ts.

Himmelmann, Gerhard (2016): Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch (4. Aufl.). Schwalbach/Ts.

Kellermann, Gero (2011): Verfassungsinterpretation. Das Grundgesetz als normative Ressource im gesellschaftlichen Wandel. Schwalbach/Ts.

Limbach, Jutta (2010): Das Bundesverfassungsgericht (2., überarb. Aufl.). München.

Massing, Peter (1995): Wege zum Politischen. In: Massing, Peter/Weißeno, Georg (Hg.): Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts. Opladen, S. 61–98.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay (4. Aufl.). Berlin.

Raiser, Simon/Warkalla, Björn (2017): Wie funktioniert eigentlich Politik? Entscheiden lernen mit Planspielen. In: Unterricht Wirtschaft + Politik, 4, 48–51.

Reinhardt, Sibylle (2018): Politikdidaktik: Handbuch für die Sekundarstufe I und II (7., überarb. Aufl.). Berlin.

Sander, Wolfgang (2013): Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung (4. Aufl.). Schwalbach/Ts.

Vorländer, Hans/Brodocz, André (2006): Das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht. In: Vorländer, Hans (Hg.): Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit. Wiesbaden, S. 259–295.



WOCHEN SCHAU

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

Jahrgang 2025



Sek. I, Januar 2025
Best.-Nr. 1125, 16 S., € 19,90



Sek. I, März 2025
Best.-Nr. 1225, 32 S., € 19,90



Sek. I, Mai 2025
Best.-Nr. 1325, 32 S., € 19,90



Sek. I, September 2025
Best.-Nr. 1425, 40 S., € 19,90



Sek. I, Dezember 2025
Best.-Nr. 1525, 24 S., € 19,90



Sek. II, Januar 2025
Best.-Nr. 2125, 16 S., € 19,90



Sek. II, April 2025
Best.-Nr. 2225, 40 S., € 19,90



Sek. II, Juni 2025
Best.-Nr. 2325, 24 S., € 19,90



Sek. II, August 2025
Best.-Nr. 2425, 40 S., € 19,90



Sek. II, November 2025
Best.-Nr. 2525, 24 S., € 19,90



Sonderausg. Sek. I+II, Juli 2025
Best.-Nr. 24s, € 29,90

Noch kein Abo?
Jetzt **zum halben**
Preis testen!



[wochenschau-online.de](https://www.wochenschau-online.de)



www.wochenschau-verlag.de